

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom: 18.12.2012 eingegangen: 18.12.2012	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	44. Plenarsitzung Gemeinderat 15.01.2013 1326 18 öffentlich Dez. 3
Unterbringung von Asylsuchenden in Karlsruhe		

1. Welche Anzahl von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden sind aus heutiger Erkenntnis für die LAST in Karlsruhe in den nächsten 6 Monaten zu erwarten?

Laut Auskunft des Regierungspräsidiums Karlsruhe wird Mitte Januar 2013 die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge für das Jahr 2013 erwartet. Vorher können keine aussagekräftigen Zahlen genannt werden.

Die Situation sowohl in der LAST als auch in den Ausweichunterkünften außerhalb der LAST hat sich jedoch seit Anfang November deutlich entspannt.

Neben den leicht rückläufigen Zugangszahlen ist insbesondere die Tatsache, dass die aufnahmepflichtigen Stadt- und Landkreise zunehmend ihrer Unterbringungsverpflichtung nachkommen, Ursache dieser Entspannung.

2. Hat die Stadt Karlsruhe mit der Landesregierung eine Einigung dahingehend erzielt, eine Situation wie im Herbst 2012 in Zukunft zu vermeiden - und welche Vereinbarungen wurden dahingehend getroffen?

Die Stadt Karlsruhe ist mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe in einem regelmäßigen konstruktiven Austausch. Notwendige Maßnahmen werden zeitnah abgestimmt.

Gemeinsames Ziel der Stadt und des Regierungspräsidiums Karlsruhe ist es, die Ausweichunterkünfte außerhalb der LAST sukzessive zu schließen. Dies wird allerdings erst dann geschehen, wenn die Unterbringung der Neuzugänge in der LAST selbst sichergestellt werden kann.

3. Welche Konsequenzen hat die Stadtverwaltung aus den Unterbringungsschwierigkeiten von Asylsuchenden im Herbst 2012 für ähnliche Entwicklungen in der Zukunft gezogen,

a) was ihren eigenen Tätigkeitsbereich betrifft?

Zuständig für die Unterbringung der in Karlsruhe ankommenden Asylsuchenden ist das Regierungspräsidium Karlsruhe. Die Stadt Karlsruhe hat dem Regierungspräsidium auf breiter Ebene ihre Unterstützung bei der Lösung auftretender Probleme angeboten. Dieses Angebot wird von Seiten des Regierungspräsidiums angenommen.

b) was das in einigen Stadtteilen positive Engagement von Institutionen, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern betrifft?

Die durchschnittliche Verweildauer asylsuchender Menschen in Karlsruhe liegt derzeit bei ca. sechs Wochen. Insofern richtet sich der Schwerpunkt der Bemühungen darauf, den in den Ausweichunterkünften untergebrachten Menschen den Zugang zu den fachspezifischen Beratungsangeboten in der LAST und beim Menschenrechtszentrum in der Durlacher Allee 100 zu gewährleisten.

4. Hält es die Stadtverwaltung für plausibel und angebracht, in die derzeit in Arbeit befindliche städtische Willkommenskultur Flüchtlinge und Asylsuchende mit einzubeziehen?

Wesentlichster Aspekt der Willkommenskultur ist es, den asylsuchenden Menschen angemessene Unterkünfte zu garantieren. Hierin lag in den letzten Wochen das Hauptaugenmerk der involvierten städtischen Dienststellen. Darüber hinaus ist es ein wichtiges Anliegen, die asylspezifischen Beratungsangebote für alle Asylsuchenden - auch die außerhalb der LAST untergebrachten Menschen - sicherzustellen.